

Bürgermeister Wengorsch äußert Bedenken zu Gewerbepark- Hintergründen

Bürgermeister Wengorsch warnt vor finanziellen Folgen der Ausschreibung für den Gewerbepark in Hungen-Süd. Details hier.

In der jüngsten Debatte über den geplanten Gewerbepark zwischen Inheiden und Trais-Horloff hat Bürgermeister Rainer Wengorsch von der Freien Wähler (FW) seinen Standpunkt klar gemacht. Diese Auseinandersetzung, welche die lokale Wirtschaft und die Stadtentwicklung betrifft, könnte für die betroffene Gemeinde weitreichende Folgen haben.

Hintergrund des Widerspruchs

Bürgermeister Wengorsch hat einen Widerspruch gegen den Parlamentsbeschluss eingelegt, um mögliche finanzielle Schäden und rechtliche Verstöße der Stadträte zu vermeiden. Die Entscheidung sei, laut seiner Aussage, nicht umsetzbar, da sie gegen städtebauliche Vorgaben und regionale Planungen verstoße. Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass Gemeindevertreter sich bei ihren Entscheidungen an rechtliche Rahmenbedingungen halten. Wengorsch betont, dass sein Widerspruch nicht dazu dient, den Beschluss zu „torpedieren“, sondern die Stadt vor wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen.

Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft

Die Diskussion über den Gewerbepark spiegelt eine größere Debatte über wirtschaftliche Entwicklungen in der Region wider.

Die Bürgerinitiative, die Bedenken über die „Bedrohung durch Großindustrie“ äußert, hat Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung und könnte damit die Planung eines funktionierenden Gewerbegebiets behindern. Wengorsch erklärt, dass ein fehlerhafter Beschluss zu einem Rückgang von Investitionen und zur Verunsicherung der Bevölkerung führen könnte.

Anforderungen an die Stadtplanung

Ein zentraler Punkt in der Argumentation des Bürgermeisters ist die Notwendigkeit eines Regenrückhaltebeckens, selbst wenn das Gewerbegebiet verkleinert wird. Dies zeigt die Komplexität der städtischen Planung, bei der nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch ökologische Aspekte berücksichtigt werden müssen. Ein intaktes Kanalnetz ist entscheidend für die Vermeidung künftiger Überflutungen und für den Erhalt der Lebensqualität der Anwohner.

Rechtliche und finanzielle Herausforderungen

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die rechtlichen und finanziellen Herausforderungen, die mit der Vergabe von Erschließungsarbeiten verbunden sind. Die Notwendigkeit eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens könnte den Entwicklungsprozess stark verzögern. Wengorsch weist darauf hin, dass die Stadt momentan über keine notwendigen Mittel von etwa 30.000 Euro verfügt, was eine schnelle Umsetzung der Pläne zusätzlich erschwert.

Zukunftsausblick und Kommunikation

Wengorsch äußert sein Bedauern über das Fehlen rechtlicher Absicherung und offizielle Abstimmungen beim Antrag der Mehrheitsfraktionen. Dieses Vorgehen könnte dazu beitragen, dass populistische Ängste geschürt werden und die Bürgerinnen

und Bürger verunsichert zurückgelassen werden. Trotz dieser Herausforderungen bleibt der Bürgermeister optimistisch, dass Lösungen gefunden werden können, die sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Bedürfnisse der Gemeinde berücksichtigen.

Insgesamt zeigt die Debatte um den Gewerbepark Hungen-Süd, wie eng wirtschaftliche Entwicklung, rechtliche Rahmenbedingungen und Bürgerinteressen in einer Gemeinde miteinander verbunden sind. Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um zu klären, welche Schritte notwendig sind, um eine nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung der Region zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de